

IN DIESER AUSGABE

Kurzmeldungen

Seite 1

Efama macht Vorschlag zur Regulierungsvereinfachung

Seite 7

DWS: Nachhaltigkeit bleibt hoch-relevant

Seite 8

Soziale Nachhaltigkeit als Trumpf

Seite 9

Kommt nach dem Rüstungs-Boom der Weltraum-Boom?

Seite 10

Was gehört zu einer glaubwürdigen Transition-Anlagestrategie?

Seite 11



KURZMELDUNGEN

Marktreife bei synthetischen Kraftstoffen erreicht?

Im Frankfurter Industriegebiet Hoechst hat vor Kurzem das Startup Ineratec die bislang größte Produktionsanlage für CO₂-neutrales synthetisches Kerosin eröffnet. Der jährliche Ausstoß könnte bis zu 2.500 Tonnen erreichen. Bis 2050 soll die Beimischung synthetischer Kraftstoffe zum getankten Kerosin auf 35% ansteigen. Bereits vor Jahren hatten sich Bund, Länder sowie die Öl- und Luftfahrtwirtschaft darauf verständigt, dass 2030 etwa 200.000 Tonnen synthetisches Kerosin für den Flugverkehr zur Verfügung stehen soll. Bis sei synthetisches Kerosin kaum verfügbar und sehr teuer; für neue Produktionsanlagen fehlen die Investitionsanreize. Das könnte sich nun ändern, so plane Ineratec weitere Standorte. Auch der Standort Hoechst ließe sich erweitern und die Produktion könnte verzehnfacht werden. Das Frankfurter Unternehmen bezieht das erforderliche CO₂ aus einer Biogasanlage und Wasserstoff falle in der Chlorgasproduktion an. „Beides sind hier Nebenprodukte, wir schaffen daraus ein Wert-

produkt“, sagte Tim Boeltken, Chef des Startups. Er sieht die Marktreife synthetischer Kraftstoffe als erreicht an. Auch andere Anlagen würden sukzessive höhere Produktionsmengen realisieren können.

Biodiversität – das Thema ist da

Die Erste Asset Management (EAM) aus Wien zählt zu den Pionieren der nachhaltigen Investments. Bereits kurz nach der Jahrtausendwende hatte die Gesellschaft ihren ersten Umweltaktienfonds aufgelegt. Walter Hatak, der seit sechs Jahren das Responsible Investing bei EAM leitet, betont die Bedeutung von Gesprächen mit Unternehmen, nicht nur über Klimaschutz und Menschenrechte, sondern auch über Biodiversität. So geht bspw. die EZB davon aus, dass bei 72% aller Unternehmen auf der Welt der Geschäftsprozess von mindestens einer Ökosystemdienstleistung abhängt. Das Artensterben und der Verlust an genetischer Vielfalt werden zunehmend als Risiko für die Real- und Finanzwirtschaft wahrgenommen. Auch die Unternehmen auf der Gegenseite sehen die Vorgehensweise der EAM als angenehm an. „Investoren gehen weniger ideologisch an diese Themen als Nichtregierungsorganisationen“, erklärte Matthias Berninger, Leiter Public Affairs und Nachhaltigkeit bei Bayer. Der regelmäßige Austausch zwischen Investor und Bayer führte denn auch dazu, dass der DAX-Konzern irgendwann damit begann, über die Folgen seines Geschäfts für die Biodiversität zu berichten. „Wir sehen, dass das Thema da ist und es ein Reporting an den Vorstandsvorsitzenden gibt.“, beschrieb Hatak den Prozess bei Bayer.

Der Rüstungsboom geht weiter

Nun ist auch der weltweit größte Vermögensverwalter, BlackRock, auf den Rüstungs-Zug aufgesprungen und hat den iShares Europe Defence ETF aufgelegt. Es ist bereits der fünfte Defense-ETF mit Fokus auf Europa, der in den letzten Monaten aufgelegt wurde. Der Fonds bildet den Stoxx Europe Targeted Defence Index ab; darin werden europäische Unternehmen nach ihren Umsätzen mit Militärausrüstung ausgewählt und gewichtet. „Unsere europäischen Kunden haben in den vergangenen Monaten konstant die Nachfrage nach europäischen Defense-Investments geäußert“, sagt Jane Sloan, EMEA Head of Global Product Solutions bei BlackRock. Die jährlichen Verwaltungsgebühren gab BlackRock mit 0,35% an. Damit entsprechen diese dem ebenfalls kürzlich neu aufgelegtem Amundi Stoxx Europe Defense ETF. Einer Untersuchung des Stockholm International Peace Research Instituts erhöhten allein die NATO-Länder ohne die USA von 2022 bis 2023 ihre Rüstungsausgaben um 68 Mrd. US-Dollar bzw. 19%.

Weltbank will wieder nukleare Energieprojekte finanzieren

Weltbank-Präsident Ajay Banga hat angekündigt, dass seine Organisation künftig Projekte zur Laufzeitverlängerung bestehender Reaktoren, zur Netzmodernisierung und zur Förderung kleiner modularer Reaktoren (SMRs) finanzieren will. Damit hebt die Weltbank das Finanzierungsverbot für Atomenergie auf. Hintergrund dürfte vor allem der stark steigende Elektrizitätsbedarf in den Entwicklungs- und Schwellenländern sein; bis 2035 könnte sich der Stromverbrauch dort mehr als verdoppeln. Zur Deckung dieser Nachfrage sind Schätzungen zufolge Investitionen von jährlich über 600 Mrd. US-Dollar erforderlich. Maßgeblicher Treiber dieser Entscheidung waren wohl die USA als größter Anteilseigner der Weltbank. Länder wie Brasilien, Bangladesch oder Ghana drängen auf einen von fossilen Brennstoffen unabhängigen Technologiezugang. Neben der Reaktortechnik soll die Weltbank auch den Ausbau moderner Stromnetze fördern, um neue Energiequellen sich in bestehende Infrastrukturen einzubinden.

Der Grunewald soll gerodet werden

Der Berliner Senat will u. a. auf drei Gebieten im Grunewald mit insgesamt 72 Hektar – das sind etwa 100 Fußballfelder – Windenergieanlagen installieren lassen. Dabei handelt es sich auch um Landschaftsschutz – und EU-Vogelschutzgebiete. Im Wald sind u. a. Seeadler, Habichte, Wespenbussarde, Fledermäuse, Eremiten, Schwalbenschwänze und Zauneidechsen zu Hause. Der Bau der Windräder würde diese Tiere vertreiben oder mindestens unmittelbar gefährden. Der Senat geht von einem „signifikant erhöhtem Tötungsrisiko“ für bestimmte Arten und einem dauerhaften Verlust an Vegetation aus. Erstaunlich, dass selbst aus den Reihen der Grünen, ansonsten vehemente Verfechter eines rücksichtslosen Ausbaus von Windenergie, harsche Kritik kommt. Urban Aykal (Grüne), Umweltstadtrat in Steglitz-Zehlendorf, erklärte: „Der Artenschutz und insbesondere der Vogelschutz dürfen nicht nachhaltig gestört werden. Die Problematik besteht vor allem auch darin, dass nicht nur für das Windrad, sondern auch die Stromtrassen zu den Windenergieanlagen sowie das Fahren von großen Fahrzeugen mit Übergrößen und -breiten einen größeren Eingriff in die Natur bedeuten werden.“ Ausführlich über dieses und weitere Windenergieprojekte in Berlin berichtete die Berliner Zeitung am 12. Juni dieses Jahres ausführlich.

MunichRe verlässt Klimaallianzen

Der weltweit größte Rückversicherer, MunichRe, verlässt vier internationale Klimainitiativen, u. a. die Net Zero Asset Owner Alliance (NZAOA). Der Konzern begründet dies mit wachsender Rechtsunsicherheit und zunehmend uneinheitlichen Regelungen in verschiedenen Ländern. Die NZAOA hat derzeit 86 Investoren mit einem Vermögen von 9,2 Billionen US-Dollar.

MunichRe machte allerdings deutlich, dass der Austritt aus den Klimainitiativen keineswegs bedeute, dass man sich zukünftig nicht mehr für Klimaschutz, eines der 17 SDGs der Vereinten Nationen, einsetzen wolle. Vielmehr ließen sich die Klimaschutzziele intern „fokussierte und zielgerichteter“ umsetzen. Joachim Wenning, Vorstandschef der MunichRe, machte deutlich: „All die Berichtspflichten, die Unternehmen über ihren CO2-Fußabdruck erfüllen müssen, haben nicht zu weniger Emissionen geführt.“ Internationale Regulierungen seien zu komplex und unterschiedliche Standards würden einen hohen Aufwand erzeugen, ohne den Klimaschutz messbar zu verbessern. Auch bei diesem Thema sei die überbordende Bürokratie ein wesentliches Hindernis. Das Verhalten des Marktführers könnte nach Einschätzungen von Branchenkennern möglicherweise Signalwirkung für andere haben, die zwar auch weiterhin dem Nachhaltigkeitsgedanken gerecht werden, sich dabei aber nicht von realitätsfremden Bürokraten gängeln lassen wollen.

Gegen Absprachen, nicht gegen ESG

Vielfach könnte in den Medien der Eindruck entstehen, in den USA hätten Behörden und / oder Gerichte Investmentmanagern ein Engagement in ESG-Strategien untersagt. Hintergrund ist, dass bereits im November letzten Jahres u. a. der Generalstaatsanwalt von Texas Klage gegen drei große Asset-Management-Firmen erhoben hatte. Durch das Drängen auf eine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen bei Kohle-Firmen in den Portfolios der Vermögensverwalter entstehe eine wettbewerbsfeindliche Umgebung; daraus lasse sich ein Anti-Trust-Case ableiten. Im Mai dieses Jahres hatten die Federal Trade Commission (FTC) und das Justizministerium (DOJ) eine gemeinsame Erklärung formuliert, die dazu beitragen sollen, koordinierte ESG-Initiativen von Fondsverwaltern zu unterbinden. Es geht also im Prinzip um die schmale Grenze von ESG-Interessenvertretung („Stewardship“) und unterstellten bzw. koordinierten Handlungen. Somit müssten Fondsmanager zunehmend darlegen können, dass zeitlich gleiche Handlungen mehrere Fondsmanager nicht auf Absprachen basieren. Im Übrigen handelt es sich keinesfalls um ein rein amerikanisches Thema. Auch in der EU gibt es empfindliche Strafen für Absprachen, die den Wettbewerb behindern. Daher empfehlen Experten, ESG-Initiativen individuell aufzusetzen und vor allem sauber zu dokumentieren, um den Anschein eines koordinierten Handelns zu vermeiden.

DPAM begrüßt ESMA-Leitlinien

Bekanntlich hat die Europäische Wertpapieraufsicht ESMA vor einiger Zeit neue Richtlinien für Fonds mit ESG- oder nachhaltigkeitsbezogenen Namen veröffentlicht. Ophélie Mortiert, Chief Sustainable Investment Officer beim belgischen Asset Manager DPAM, hat dies ausdrücklich

begrüßt. Die Leitlinie beinhaltet Mindeststandards; so muss ein Fonds mindestens 80% seines Vermögens in Anlagen investieren, die mit ökologischen oder sozialen oder nachhaltigen Anlagezielen in Einklang stehen. Davon wiederum müssen mindestens 50% im Sinne der EU-Offenlegungsverordnung investiert sein. Je nach verwendetem Begriff greifen zudem unterschiedliche Ausschlusskriterien. „Fondsamen sollen die zugrunde liegenden Strategien genau widerspiegeln“, erklärte Mortier. Grundsätzlich hätten Anbieter einen kommerziellen Anreiz, ESG-bezogene Begriffe zu verwenden. „Das damit einhergehende Risiko von Greenwashing machte regulatorische Maßnahmen notwendig, um Anleger zu schützen“. Einer Schätzung von Morningstar zufolge, sind im ersten Quartal 2025 mehr als 640 europäische Fonds umbenannt worden und mehr als 590 Fonds haben ESG-Ausdrücke gestrichen oder geändert. „Der Zeitpunkt des Rückgangs der Fonds, die ESG-bezogene Begriffe in ihren Namen verwenden, deutet darauf hin, dass die Leitlinien Greenwashing tatsächlich verhindern.“, zog Mortier eine erste Bilanz zur Umsetzung der Richtlinie.

I-AM Mikrofinanz-Fonds erzielen hohen sozialen Impact

Der Social Impact Report 2024, der jährlich von Tameo Impact Fund Solutions, einem unabhängigen Schweizer Impact Investing-Spezialisten, für Impact Asset Management erstellt wird, hat einen hohen sozialen Impact für die beiden Mikrofinanzfonds der Impact Asset Management GmbH bestätigt. Im Bereich Soziales erreicht der I-AM Vision Microfinance und der I-AM Vision Microfinance Local Currency im Durchschnitt ein Rating von 74% - maximal möglich sind 100%. Dabei wird bewertet, die finanzierten Mikrofinanzinstrumente mit den Mitarbeitern umgehen, wie ausgeprägt der Kundenschutz ist und welche Auswirkungen die Geschäftstätigkeiten auf die lokale Gemeinschaft haben. Im Hinblick auf die 17 SDGs der Vereinten Nationen tragen die Fonds vor allem zu den Zielen 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum), 1 (Keine Armut) und 5 (Geschlechtergleichstellung) bei. „Nachhaltig orientierte Investoren können mit dem Social Impact Report 2024 genau nachverfolgen, welche Wirkung die I-AM Vision Microfinance Fonds entfalten. Auch in diesem Jahr zeigt sich, dass unsere Fonds einen hohen sozialen Impact haben.“, freute sich Günther Kastner, Geschäftsführer und CEO der Impact Asset Management GmbH.

Weiterhin hohes Interesse an FNG-Siegel

Noch bis Oktober können sich Anbieter von Finanzprodukten für das FNG-Siegel bewerben. Bisher sind bereits die Bewerbungen von über 70 Produktanbietern und rund 200 Fonds eingegangen. Trotz des anhaltenden Rüstungsbooms haben sich die Stakeholder des FNG-Siegels mehrheitlich dafür ausgesprochen, Waffeninvestments aus explizit als nachhaltig

deklarierten Fonds auszuschließen. Erst kürzlich hatte das Forum Nachhaltige Geldanlagen darüber berichtet, dass drei Viertel der in Deutschland erfassten nachhaltigen Geldanlagen sämtliche Rüstungsgüter in ihren Investitionen ausschließen. Allein der Fondsname wird somit auch zukünftig nicht sicherstellen können, dass Anleger in Nachhaltigkeitsfonds nicht von Waffen- bzw. Rüstungsindustrie profitieren. Mit dem FNG-Siegel sind diese Anleger auch weiterhin auf der sicheren Seite. Neben dem traditionellen FNG-Siegel wird erstmals auch ein FNG-Siegel Transition vergeben. Damit soll der zentralen Herausforderung des nicht nachhaltigen Wirtschaftens, der Transformation, sowie der zunehmenden Bedeutung von Transformations-Anlagestrategien Rechnung getragen werden.

Keine Rüstungsinvestitionen in Fonds mit Nachhaltigkeitsmerkmalen

„Wir halten auch weiterhin an unseren Rüstungsausschlüssen fest. Wir werden unsere Publikumsfonds nicht für Rüstungsunternehmen öffnen“, sagte Engagement-Manager Tommy Piemonte von der Pax-Bank für Kirche und Caritas (PAX-BKC). „In der katholischen Soziallehre steht Frieden über allem. Waffen verletzen und töten Menschen, und das wollen wir nicht“, erklärte Piemonte. Waffen seien nicht nachhaltig und man wolle damit kein Geld verdienen. Auch die Dekabank hält daran fest, keine Rüstungsinvestments in Artikel-8-Fonds vorzunehmen. „Es gibt ja überhaupt gar keinen Grund, etwas in einer nachhaltigen Entity zu machen, wenn ich es auch nicht-nachhaltig machen kann. Dann habe ich diese Diskussion gar nicht“, sagte Matthias Danne, Vize-Chef der Dekabank.

IMPRESSUM	
BINL news 06 / 2025 Herausgeber: BINL Branchen-Initiative Nachhaltigkeit in der Lebensversicherung infinma Institut für Finanz-Markt-Analyse GmbH Max-Planck-Str. 38, 50858 Köln Tel.: 0 22 34 – 9 33 69 – 0, Fax: 0 22 34 – 9 33 69 – 79 E-Mail: info@infinma.de Internet: www.branchen-initiative.com Redaktion: Marc C. Glissmann, Dr. Jörg Schulz	Aufgrund der besonderen Dynamik der behandelten Themen übernimmt die Redaktion keine Gewährleistung für die Richtigkeit, Aktualität und Eignung der Informationen. infinma haftet nicht für eine unsachgemäße Weiterverwendung der Informationen. Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Bildquelle: Sid Suratia auf Unsplash

Efama macht Vorschlag zur Regulierungsvereinfachung

Die EU-Kommission hatte ja bereits angekündigt, die Nachhaltigkeitsberichterstattung einfach und praktikabler gestalten zu wollen. Im Rahmen der sog. „Omnibus“-Vorschläge sollen weniger Berichtspflichten erfüllt werden müssen und die Regeln sollten berichtsübergreifend besser aufeinander abgestimmt sein. Der europäische Fondsverband Efama hat nun den Vorschlag, den Regulierungsaufwand zu reduzieren, ausdrücklich begrüßt und ruft dazu auf, die Interessen seiner Verbandsmitglieder stärker zu berücksichtigen. Dabei verweist der Verband auf die anstehenden Überarbeitungen der Nachhaltigkeitsregulierungen CSDDD (Lieferketten-sorgfaltspflichten), CSRD (Nachhaltigkeitsberichte von Unternehmen) und SFDR (Offenlegungsverordnung).

In einer Stellungnahme der Efama heißt es: „Nur entscheidungsrelevante Informationen sind notwendig.“ Nach Einschätzung des Verbandes könnte dieser Ansatz den Berichtsaufwand um bis zu 80% verringern. Konkret werden vier Vorschläge gemacht.

Schlankere Berichtspflichten für Unternehmen: Die Efama möchte zukünftig in der Berichterstattung Qualität statt Quantität; die Anzahl der abzufragenden Datenpunkte soll drastisch reduziert werden und sich im Wesentlichen auf numerische Daten fokussieren.

Freiwillige Reporting-Teilstandards: Für kleine Unternehmen empfiehlt die Aufsicht einen vereinfachten, optionalen Berichtsrahmen. Die EU-Kommission hingegen wollte Unternehmen bis zu einem gewissen Schwellenwert komplett ausnehmen. Dadurch würden nach Befürchtung der Efama eine Datenlücke entstehen.

Rechtssicherheit für Fondsgesellschaften: Nach Auffassung der Efama sollten Vermögensverwalter nicht auch im Rahmen der CSRD berichten müssen, da diese nur das Geld ihrer Kunden verwalteten.

Unabhängigkeit von ESG-Daten Providern: Auf diese Weise sollten Vermögensverwalter nicht dazu gezwungen sein, teure, externe ESG-Daten kaufen zu müssen. Vielmehr sollte Verwaltungsaufwand wegfallen und gleichzeitig alle Investoren weiter Zugang zu allen wichtigen Nachhaltigkeitsinformationen haben.

Die Efama betonte noch einmal die Bedeutung der Konsistenz der gesamten Nachhaltigkeitsberichterstattung. Dies müsse bei einer Änderung des Omnibus-Vorschlages unbedingt berücksichtigt werden.

Unabhängig vom konkreten weiteren Vorgehen ist die „Stop-the-clock“-Richtlinie der EU-Kommission, die am 17. April in Kraft getreten ist, von besonderer Bedeutung. Darin wird die Anwendungspflicht der Richtlinien CSDDD und CSRD für die Mitgliedsstaaten bzw. deren Umsetzung in nationales Recht bis zum 31. Dezember 2025 verschoben.

DWS: Nachhaltigkeit bleibt hoch-relevant

Stefan Hoops, Vorsitzender der Geschäftsführung der DWS, äußerte sich auf der Hauptversammlung der Deutsche-Bank-Tochter u. a. auch zum Thema Nachhaltigkeit. Das Unternehmen sieht sich demnach in einem gewissen Zwiespalt. In Europa üben Umweltaktivisten Druck aus, damit sich Banken und Fondsgesellschaften aus der Finanzierung klimaschädlicher Aktivitäten zurückziehen. In den USA hingegen, wo die DWS wachsen möchte, gab es bereits Klagen gegen große Asset Manager wie BlackRock, State Street oder Vanguard. Ihnen wurde vorgeworfen, Nachhaltigkeit über Rendite zu setzen und somit den Kundenwünschen zuwider zu handeln.

Die Antwort hierauf erscheint genauso einleuchtend wie trivial zu sein: „Deshalb bieten wir eine breite Palette von Anlagelösungen an, um im Sinne unserer Kunden langfristige Vermögenswerte zu schaffen. Das umfasst solche Strategien, die Nachhaltigkeit fördern. Und es umfasst solche, die konventionelle Ziele bedienen.“, erläuterte Hoops. Zudem wies er darauf hin, dass die DWS auch in der Vergangenheit ihren Klienten keine Vorgaben gemacht habe, welche Anlagestrategie sie mit ihrem Vermögen verfolgen sollten. „Und wir werden das auch in Zukunft nicht tun. ... Am Ende entscheiden unsere Kunden durch die Wahl eines Produktes, ob und inwieweit bei der Anlage ihres Vermögens ökologische, soziale und Governance Aspekte berücksichtigt werden sollen.“

Die DWS wolle ihre nachhaltigkeitsbezogenen Prozesse und Aktivitäten „kontinuierlich weiterentwickeln und an neue Rahmenbedingungen anpassen. ... Das Thema Nachhaltigkeit bleibt für uns hoch-relevant.“, machte Hoops deutlich.

Die Ausführungen von Hoops machen sehr deutlich, wo in der weltweiten Diskussion um Nachhaltigkeit die Probleme liegen. Zuviel Bürokratie und zu viele Vorschriften wirken nicht nur abschreckend, sondern sind in der Praxis häufig auch kontraproduktiv. Einige der bekannten Klimainitiativen dürften sich selber keinen Gefallen damit getan haben, den Unternehmen sehr konkrete und stringente Richtlinien und Verhaltensvorgaben zu ihrem Anlageverhalten machen zu wollen. Gerade im Bereich der Nachhaltigkeit gibt es bereits genügend Bürokratie, deren Nutzen schon jetzt an vielen Stellen hinterfragt werden kann.

Hinzu kommt, dass marktwirtschaftlich tätige Unternehmen nicht dauerhaft an den Interessen ihrer Kunden vorbei agieren können. Natürlich kann man versuchen, durch sein Produktangebot auf das Verhalten der Nachfrage einzuwirken. Das darf in der Praxis aber nicht dazu führen, dass die Kunden das Gefühl bekommen, bestimmte Produkteigenschaften, die ihnen wichtig sind, würden zu Lasten anderer Eigenschaften vernachlässigt. Ein Investmentfonds, der keine (ausreichende) Rendite erwirtschaftet, wird auf Dauer auch keine Nachhaltigkeitswirkungen entfalten können.

Soziale Nachhaltigkeit als Trumpf

Die avesco Sustainable Finance AG hat sich kürzlich auf capinside.com ausführlich mit einem der sog. Megatrends beschäftigt, dem Thema New Work. Soziale Nachhaltigkeit rücke demnach für viele Unternehmen immer mehr in den Mittelpunkt; in einem „War for Talents“ gehe es darum, für die besten Fach- und Führungskräfte attraktiv zu sein. Zu New Work äußerte sich bspw. das Zukunftsinstitut so: *„Der krisenbedingte Digitalisierungsschub fördert neue Arbeitsstrukturen, die von Work-Life-Blending, Kollaboration und Remote Work geprägt sind. Unternehmenskulturen werden agiler und adaptiver, während Mitarbeitende sich stärker als Problemlöser für gesellschaftliche Zukunftsaufgaben sehen.“*

Bei dem Megatrend New Work geht es also um die Schaffung flexibler und anpassungsfähiger Unternehmensstrukturen und -kulturen. Diese sollen sowohl Innovationen als auch die persönliche Entfaltung fördern. Zusammenarbeit und Kreativität sollten zudem durch digitale Technologien unterstützt werden. Letztlich tragen alle diese Punkte wesentlich zur Unternehmenskultur bei, die immer wichtiger für das Unternehmensimage wird. So werden Mitarbeiter, die ihre Tätigkeit als sinnstiftend empfinden, seltener krank.

Mit dem Sustainable Hidden Champions Equity Fonds verfolgt avesco das Ziel, die nachhaltigsten Hidden Champions aus Europa zu bündeln. Ein langfristiger Vermögenszuwachs soll bei gleichzeitiger gesellschaftlicher Rendite erzeugt werden. Das Thema Nachhaltigkeit wird dabei nicht eindimensional, sondern ganzheitlich praktiziert. D. h., Nachhaltigkeit muss an den Ebenen Ökologie, Ökonomie, Soziales und Unternehmensführung umgesetzt werden. Im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitsanalyse prüft die avesco AG sowohl die externe wie auch die interne soziale Nachhaltigkeit. Dazu gehören bspw. die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen im Unternehmen. Eine gute Positionierung auf dem Arbeitsmarkt wird als erfolgskritisch eingeschätzt. Ein attraktives Gehalt nimmt als alleiniger Anziehungsfaktor zunehmend ab. Wie avesco die soziale Nachhaltigkeit prüft, kann man z. B. hier nachlesen:

<https://www.avesco.de/soziale-nachhaltigkeit-im-shc-fonds-potenzialanalyse-so-pruefen-wir/>

Der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Hermann Simon gilt als Begründer der Idee der Hidden Champions, die so definiert werden können: „Hidden Champions sind Unternehmen, die in ihrem jeweiligen Marktsegment eine führende Position einnehmen, oft als Weltmarktführer, aber außerhalb der breiten Öffentlichkeit wenig bekannt sind.“ Simon hält dabei zwei Indikatoren für besonders aussagefähig: Eine niedrige Personal-Fluktuationsrate und eine überdurchschnittliche Ausbildungsleistung dieser Unternehmen. Gezielte Verbesserungen der sozialen Wirkungen in Arbeitsabläufen können in einem sich selbst verstärkenden Prozess zu mehr Nachhaltigkeit, Motivation und höherer Produktivität führen.

Einmal mehr wird deutlich, wie breit der Nachhaltigkeitsgedanke aufgestellt ist.

Kommt nach dem Rüstungs-Boom der Weltraum-Boom?

Die weltweite Aufrüstung rückt nun auch den Weltraum immer stärker in den Fokus. „Bei der Raumfahrtindustrie denken die meisten zuerst an den Kalten Krieg“, erklärte Alicia Daurignac, Analystin beim französischen Fondshaus LFDE. Die Zeiten haben sich allerdings geändert. „Es gibt immer mehr Unternehmer, die versuchen, Produkte und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Raumfahrt zu vermarkten“, sagte sie.

Das wohl bekannteste Beispiel in diesem Segment ist Elon Musk's Space X. In diesem Markt bewegen sich neben etablierten Unternehmen aus Luft- und Raumfahrt sowie Verteidigung auch Technologieunternehmen aus der Digitaltechnik oder Big Data. So hat LFDE unlängst weltweit 12.000 Unternehmen im Bereich Weltraumtechnologie identifiziert, u. a. auch aus den Bereichen Klimaüberwachung, Wissenschaft, Telekommunikation und Internet.

Gerade der Ukraine-Krieg habe Daurignac zufolge gezeigt, wie entscheidend der Zugang zum Weltraum sei. Es zeigte sich, dass moderne Verteidigungssysteme aufgrund ihrer Abhängigkeit von Satelliten sehr verwundbar sind. „Satelliten haben eine recht kurze Lebensdauer“. Ausfallende Satelliten könnten die Kommunikation und die Überwachung stark beeinträchtigen. Der Schutz von Satelliten führt letztlich zu einer Aufrüstung im All. So sind dem Datenanbieter Novaspace zufolge im letzten Jahr die Militärausgaben für den Weltraum um 24% auf 73 Mrd. US-Dollar angestiegen. Experten schätzen ein Anwachsen des Marktes auf bis zu 250 Mrd. US-Dollar bis 2035. Unternehmen wie BAE Systems, Thales und Airbus haben bereits angekündigt, ihr Weltraumengagement ausbauen zu wollen.

Der Fondsanbieter LFDE hat bereits im Jahr 2021 mit dem Echiquier Space einen Weltraumfonds aufgesetzt. Er setzt u. a. auf die genannten Firmen, aber auch auf Amazon, das Elon Musk Konkurrenz machen möchte. Ein wichtiges Thema sind wiederverwendbare Raketen, die bspw. den Transport von Satelliten ins All günstiger machen sollen. LFDE-Fondsmanager Pouchoy weist allerdings auf die hohe Volatilität des Sektors hin. Der Fonds selber ist mit nur 36 Titeln relativ stark konzentriert. Übrigens ist der Fonds nach Artikel 8 der EU-Offenlegungsverordnung klassifiziert.

Der Weltraum hat sich zu einer kritischen Sicherheitsinfrastruktur entwickelt. Wer den Weltraum kontrolliert hat entscheidende strategische Vorteile. Investoren könnten hier von profitieren, sollten sich aber des Risikos bewusst sein.

Was gehört zu einer glaubwürdigen Transition-Anlagestrategie?

Den o. g. Artikel haben Roland Kölsch (Geschäftsführer des gemeinnützigen Wissenschaftsvereins F.I.R.S.T.) und Dr. Simone Wagner (Leiterin Zertifizierungen beim universitären Spin-Off Advanced Impact Research) kürzlich auf INTELLIGENT INVESTORS veröffentlicht.

Grundüberlegung ist es, Kapitalströme hin zu einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Wirtschaft zu lenken. Die konkreten Ansätze können vielfältig sein; der Transition-Ansatz rückt Unternehmen in den Mittelpunkt, die den Wandel aktiv mitgestalten. Dabei geht es nicht nur um die Produkte und Dienstleistungen, sondern auch um den Herstellungsprozess. Die Anlageform selber kann dabei variieren, denkbar sind u. a. alternative Investmentfonds mit Private Equity oder Private Debt, Immobilien- und Sachwertanlagen, Green-, Social- oder Blue Bonds bis hin zu klassischen Nachhaltigkeitsfonds. Die Wirkungskraft von Firmen im Wandel ist vielfach sogar höher als die von bereits „grünen“ Unternehmen. Das liegt schlicht daran, dass der stärkste Effekt meist dort entsteht, wo der Handlungsbedarf am größten ist. Dazu heißt es in dem Artikel wörtlich: „Statt in bereits „grüne“ Unternehmen oder Produkte zu investieren, die zwar zu einer nachhaltigeren Welt beitragen, deren Verbesserungspotenzial jedoch begrenzt ist, wird hier auf Wandel gesetzt. Oder anders gesagt: Nachhaltigkeit bedeutet nicht nur, das Weiße noch weißer zu machen ... sondern dort anzupacken, wo der größte Unterschied gemacht werden kann. Denn wenn ein Unternehmen seinen hohen CO₂-Ausstoß signifikant verringert, bringt das oft mehr für unseren Planeten als das nächste neu gebaute Windrad.“

Dementsprechend ist das Spektrum der Sektoren, für die sich Transitions-Anlagestile empfehlen breit gefächert: Energieerzeugung und -versorgung, die Schwerindustrie, das Baugewerbe, die Wasserwirtschaft, das Transportwesen, die Landwirtschaft sowie weitere ressourcenintensive Produktionen wie der Bergbau. Pauschale Ausschlüsse sind hier vielfach eher hinderlich.

Diese Thematik spiegelt sich auch in der Diskussion auf EU-Ebene um die Klassifizierung von Produkten (EU-SFDR-Review) wider. Demnach sollen die häufig fälschlicherweise als „Label“ verwendeten Klassifizierungen nach Artikel 6, 8 und 9 der EU-Offenlegungsverordnung ersetzt werden. Sowohl europäische als auch nationale Aufsichtsbehörden haben sich in diesem Zusammenhang für „Transition“ als separate

Produktkategorie ausgesprochen. Der Begriff Transition taucht auch in der bereits seit Mai geltenden ESMA-Leitlinie zu Fondsname auf.

Bisher sind die regulatorischen Vorgaben zu Transition jedoch eher unkonkret und auch nicht umfassend. Zudem fehlt eine verbindliche Definition. Die dies bzgl. Empfehlungen der EU-Kommission bleiben rechtlich unverbindlich; der soziale Aspekt bleibt bisher gänzlich unberücksichtigt. Daraus ergeben sich Fragen, deren Beantwortung keineswegs trivial ist. Kann es bspw. einen „sozialen“ Transition-Fonds geben, der zwar die Gleichberechtigung im Unternehmen fördert, gleichzeitig aber in fossile Energien investiert. Schon geistert nach dem Greenwashing der Begriff des „Transition-Washings“ durch die Medien. Zudem stellt sich die Frage, ob das Prinzip „Do No Significant Harm“ auch für Transition-Investments gelten sollte.

Mit der Entwicklung eines FNG-Siegels Transition wurden einige Aspekte herausgearbeitet, auf die Anleger achten sollten.

- Eine glaubhafte Anlagestrategie erfordert eine eindeutige Zielsetzung in den Bereichen Klima, Umwelt oder Soziales, die durch messbare Indikatoren belegt werden kann. Im Idealfall sollten sich diese natürlich auch verifizieren lassen.
- In einem überschaubaren Zeitraum von maximal 5 – in Ausnahmen 10 – Jahren sollten die Wirtschaftsaktivitäten EU-Taxonomie-konform werden.
- Mindestens 80% des Portfolios muss der jeweiligen Transition-Strategie entsprechen.
- Mindestausschlüsse bleiben unverzichtbar, bspw. der Ausschluss von Tabak, konventionellen und kontroversen Waffen.
- Im Hinblick auf Zielkonflikte ist es besonders wichtig, diese transparent zu machen. Eine wirtschaftliche Aktivität zur Erreichung eines Nachhaltigkeitszieles sollte keinen erheblichen Schaden (Significant Harm) an anderen Zielen verursachen. In diesem Zusammenhang könnte die Principal Adverse Impacts (PAIs) eine wichtige Rolle spielen.

Das künftige FNG-Siegel Transition erlaubt es Anlegern, „gut gemachte Transition-Fond“ zu erkennen. Klar definierte Kriterien beugen der Irreführung vor, und Anleger können auf die Qualität der vom FNG ausgezeichneten Produkte vertrauen.